

## Forderungen zur Bürgerschaftswahl Antworten der Parteien

### Bedarfsgerechte Personal- und Sachmittelausstattung der Schulen

- **Anhebung des jährlichen Personalhaushaltes der Schulen in der Stadtgemeinde Bremen um mindestens 20 Mio. Euro und eine entsprechende Erhöhung der Personalmittelzuweisung für die Stadtgemeinde Bremerhaven. Diese Mittel müssen vor allem eingesetzt werden, um die notwendigen Standards für die Inklusion einzuhalten.**
- **Ausbau der Schulsozialarbeit.**

#### **SPD**

Auch in der auslaufenden Legislaturperiode haben wir erhebliche zusätzliche Mittel für den Bildungsbereich aufgebracht: Unter anderem haben wir die Unterrichtsversorgung gestärkt und die Vertretungsreserve ausgebaut, wir haben die Schulsozialarbeit, die nur übergangsweise vom Bund finanziert wurde, abgesichert und den Ausbau von Ganztagsschulplätzen massiv vorangetrieben.

Die SPD setzt sich für eine ausreichende Finanzierung der Bildung ein. Erforderlich sind zusätzliche Mittel zur Absicherung der Inklusion und der Sprachförderung, für einen weiteren Ausbau des Ganztagsschulprogramms, für den Umbau und die Sanierung von Schulgebäuden, für die Erneuerung der Ausstattung in den beruflichen Schulen sowie für die Flüchtlingsbeschulung. Weiterhin von zentraler Bedeutung sind die Absicherung der Unterrichtsversorgung und eine ausreichende Vertretungsreserve in den Schulen. Dies wird für alle Schulen im Land Bremen nach einheitlichen und transparenten Kriterien erfolgen, die den tatsächlichen Bedarf in den Schulen absichern.

Wir werden die neu entstandenen finanziellen Spielräume durch die Übernahme der BAföG-Anteile der Länder durch den Bund komplett für die Bereiche Bildung und Wissenschaft einsetzen. Angesichts der Schuldenbremse gilt jedoch: Die finanziellen Möglichkeiten Bremens sind und bleiben begrenzt. Da Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, treten wir weiterhin für die Abschaffung des Kooperationsverbots auch im Bildungsbereich ein.

#### **Grüne**

- **Rot-Grün hat in der letzten Legislatur trotz Haushaltsnotlage den Schwerpunkt auf die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Soziales gelegt. In den Haushalten 2014/15 wurden je 8,5 Mio.€ mehr für Lehrerversorgung zur Verfügung gestellt, aus denen die VertretungslehrerInnen auf 55 Stellen verstärkt wurden und zudem 196 Lehrerstellen zusätzlich geschaffen worden sind. Hinzu kommen aus den BAföG-Mitteln weitere 6,89 Mio. jährlich für den Schulbereich, die unter anderem für Sprachförderung und die qualitative Verbesserung der Inklusion verwandt werden sollen. Außerdem stehen nun über die 55 VertretungslehrerInnen hinaus ab dem 1.1.2015 weitere 1,7 Mio. € für die sogenannte Vertretungsreserve zur Verfügung. Und aus den BAföG-Mitteln werden 1,78 Mio. € nach Bremerhaven für die Schulen mobilisiert. Im Übrigen ist auch klar: Mehr Geld allein bedeutet nicht automatisch mehr Qualität; wichtig ist, was in den Klassenzimmern stattfindet.**

*Neben den Anstrengungen, die Bremen unternimmt, die Schulsozialarbeit insbesondere im Rahmen des Ausbaus von Ganztagsschulen auszubauen, steht aus grüner Sicht der Bund in der Verantwortung. Der Bund muss für gerechte Bildung Geld zur Verfügung stellen, unter anderem deshalb fordern wir die vollständige Abschaffung des Kooperationsverbotes.*

- **Trotz der Haushaltsnotlage hat Rot-Grün 55 Stellen aus dem Bundesprogramm zur Schulsozialarbeit aus eigenen Mitteln sichergestellt. Hiervon entfallen 10 auf Bremerhaven.**

#### **CDU**

Bei Betrachtung der Bremer Bildungslandschaft wird deutlich, dass der gesamte Bereich strukturell unterfinanziert ist. Dies zeigt sich einerseits an Umfang und Qualität der Ausstattung der Bildungseinrichtungen im Bundesland Bremen und andererseits am Zustand

der dazugehörigen Infrastruktur. Die CDU will dies nicht länger hinnehmen und fordert daher, die finanzielle, personelle und infrastrukturelle Ausstattung der Schulen in Bremen mindestens an den bundesdeutschen Durchschnitt anzugleichen.

In diesem Zusammenhang ist auch der Unterrichtsausfall zu nennen, der ein unmittelbar sichtbares Zeichen der zu geringen Personaldecke im Bereich Bildung ist. Um besonders diesem Ärgernis nun endlich entgegenwirken zu können, fordert die CDU, die sofortige Neueinstellung von 100 Lehrkräften, die anteilig auf die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zu verteilen sind. Der hierfür nötige finanzielle Spielraum wird durch eine Bußgeldzahlung eines ortsansässigen Industrieunternehmens in Höhe von 40 Mio. Euro eröffnet.

### **Linke**

Die notwendige Aufstockung des Sach- und Personalhaushaltes des Bildungsressorts, bzw. der Schulen in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven stellen wir nicht in Frage. Bremens Ausstattung im Bildungsbereich liegt seit Jahren unter dem Niveau der Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Die Aufgaben in Städten sind vielfältig und in Bremen stehen wir vor besonderen Herausforderungen, weil die Risikofaktoren Armut, Erwerbslosigkeit und Migrationshintergrund im Land Bremen besonders ausgeprägt sind. Bremen ist inzwischen das Bundesland mit der höchsten Armuts- und Armutsgefährdungsquote. Will man Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppeln, brauchen wir eine deutlich bessere personelle Ausstattung an den Schulen und eine besondere Ausstattung in den von Armut am stärksten betroffenen Quartieren. Hinzu kommt, dass die Schulreform von 2009 sowie die Inklusion in Bremen von vornherein nicht ausfinanziert war. Die Annahme, dass die zusätzlichen Personalkosten durch die vermeintliche demographische Rendite aufgefangen werden könnten, hat sich schnell als haltlos herausgestellt. Dies war einer der Gründe, weshalb die LINKE dem Bildungskonsens nicht beigetreten ist.

Wir sind allerdings der Auffassung, dass die Aufstockung des Bildungsetats um 20 Millionen EURO nicht ausreicht, um Unterrichtsversorgung und Unterrichtsqualität in beiden Stadtgemeinden zu sichern. In den letzten Haushaltsberatungen hatten wir deshalb aufgeschlüsselte Änderungsanträge in Höhe von zusätzlich ca. 26,5 Millionen EURO jährlich gestellt. Dies umfasst auch den Ausbau der Schulsozialarbeit.

## Forderungen zur Bürgerschaftswahl Antworten der Parteien

### Die GEW fordert sofortige Schritte zu „Einer Schule für Alle“ ab 2018.

#### **SPD**

Die SPD steht zum „Bremer Konsens zur Schulentwicklung“, der bis 2018 festgeschrieben ist und bundesweit Anerkennung gefunden hat. Der Bildungskonsens hat in diesem Land einen Schulfrieden bewirkt und den Schulen so die verlässlichen Rahmenbedingungen gegeben, die sie brauchen, um Schule und Unterricht qualitativ weiterzuentwickeln und für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Die Einführung eines längeren gemeinsamen Lernens in heterogenen Gruppen und der Inklusion stellt die Schulen vor große Herausforderungen. Sie brauchen für die Umsetzung der Schulreform auch weiterhin Kontinuität. Die Schulreform - auch dies wurde im Bildungskonsens vereinbart - wird von 2016 bis 2018 von externen Fachleuten evaluiert werden.

#### **Grüne**

Bremen hat sich bereits auf den Weg zu einer Schule für alle gemacht. Hier sind wir bundesweit federführend. Auch wenn nicht immer alles rund läuft, sind wir grundsätzlich auf einem guten Weg. Uns Grünen ist es wichtig, dass dieser Weg auch in der nächsten Legislatur konsequent weitergegangen wird. Entscheidend sind hierbei die Verhandlungen mit den anderen Parteien über eine Fortsetzung des Bremer Schulkonsenses, in dem auch die Frage des Fortbestandes des zweigliedrigen Schulsystems entschieden werden muss.

#### **CDU**

Aus Sicht der CDU Bremen hat der Bildungskonsens unserer Schullandschaft in Bremen gut getan und sich das Zwei-Säulen-Modell, bestehend aus Oberschule und Gymnasium, grundsätzlich bewährt. Den Forderungen nach einer „Einheitsschule“, „Basisschule“ oder „Schule für alle“ von Klasse 1 bis 10, stehen wir daher kritisch gegenüber. Wer die „Schule für alle“ fordert, muss auch sagen, dass dies die Abschaffung des Gymnasiums bedeutet. Die CDU lehnt eine Reduzierung des Gymnasiums auf eine „gymnasiale Bildung in der Oberstufe“ ab und tritt für den Erhalt des durchgängigen Gymnasiums ein. Wir streben auf Grundlage der gemachten Erfahrungen mit der derzeit bestehenden Schulstruktur die Fortführung des Bildungskonsenses an. Ohne die Ergebnisse einer grundlegenden und transparenten Evaluation der gegenwärtigen Schulstruktur, kann aus unserer Sicht aber per se keine zielführende Diskussion erfolgen. Diesen Prozess gilt es nun zeitnah und umfassend, unter Einbeziehung externen Sachverständigen und im Austausch mit allen relevanten Akteuren, vorzubereiten. Hierbei muss der Fokus u.a. auf den Erfahrungen mit dem Abitur nach Jahrgangsstufe 12 (Gy8), der Umsetzung der Inklusion, den Übergängen im Bildungsbereich sowie auf der beruflichen Bildung liegen. Auch die schulische Ausstattung gehört nach unserer Auffassung, insbesondere auch vor dem Hintergrund sich verändernder und erweiterter Herausforderungen, auf den Prüfstand. Eine Gesellschaft, die wie unsere der Auffassung ist, dass Schule z.B. im Bereich der Integration oder der sozialen Interaktion zusätzliche Aufgaben wahrnehmen soll, muss diese dann auch personell, finanziell und infrastrukturell darauf vorbereiten wollen. Die CDU Bremen ist bereit, sich hierbei aktiv einzubringen.

#### **Linke**

Unser Ziel ist nach wie vor die Gemeinschaftsschule als alleinige Schulform. Das gemeinsame Lernen bis zur 10.Klasse für alle ist die demokratische und bildungspolitisch fortschrittliche Form, wie sie in fast allen anderen europäischen Ländern praktiziert wird. Der Erhalt der durchgängigen Gymnasien war von vornherein eine Konkurrenz zur Oberschule. Die Zweigliedrigkeit gehört daher nach wie vor auf den Prüfstand und perspektivisch in die Mottenkiste der Geschichte.

## Forderungen zur Bürgerschaftswahl Antworten der Parteien

### Korrektur schulpolitischer Fehlentscheidungen, u.a.

- **Wiederzulassung von Oberstufenzentren im Schulgesetz. Bis dahin sind in der Stadtgemeinde Bremen Oberstufen-Verbünde zu schaffen, denen alle Oberschulen im Stadtteil gleichberechtigt zugeordnet sind.**
- **Priorität des Wohnortes bei der Aufnahme in die Oberschule.**
- **Grundschulen sollen vorrangig zu gebundenen Ganztagschulen ausgebaut werden.**

#### **SPD**

- Wir sehen das Problem zu kleinteiliger Angebote in den Oberschulen und dadurch verringerter Wahlmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern. Wir wollen die Wahlmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler verbessern, indem wir künftig mehr auf Kooperationen setzen: In den Regionen sollen sich die Angebote der einzelnen Schulen ergänzen, um so ein möglichst umfassendes Profilangebot zu schaffen und so zu erreichen, dass noch mehr junge Menschen ihre ganz unterschiedlichen Stärken nutzen können, um einen Hochschulzugang zu erwerben oder eine Berufsausbildung zu beginnen.
- Bei der Aufnahme in die Oberschule haben Schülerinnen und Schüler der zugeordneten Grundschulen künftig Priorität, indem sie auch innerhalb des Drittels, das an Oberschulen vorab nach dem Leistungskriterium aufgenommen wird, vorrangig berücksichtigt werden. Eine entsprechende Novelle des Schulverwaltungsgesetzes ist in Arbeit und wird noch in der laufenden Legislaturperiode verabschiedet.
- Die SPD hat in den letzten Jahren verstärkt auf den Ausbau von Ganztagschulen gesetzt, da Ganztagschulen aus unserer Sicht nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, sondern auch die Bildungschancen erhöhen. Gebundene Ganztagschulen sind aus unserer Sicht das beste Mittel, um eine Entkopplung von sozialer Herkunft und Schulerfolg zu erreichen. Um der steigenden Nachfrage nach mehr nachmittäglichen Betreuungs- und Bildungsangeboten nachzukommen und gleichzeitig den Wünschen von Eltern Rechnung zu tragen, die für ihre Kinder keine gebundene Ganztagschulen wollen, haben wir neben gebundenen Ganztagschulen und Horten zum Schuljahr 2012/2013 auch offene Ganztagsgrundschulen eingeführt. Für die kommende Legislaturperiode strebt die SPD den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen im Grundschulbereich an.

#### **Grüne**

- Zu kleine Oberstufen sind kein Garant für Qualität und schaffen häufig nicht ausreichend Wahlmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler. Wir haben uns immer für eine ausreichende Mindestgröße eingesetzt und werden dabei auch bleiben. Die Frage der Verankerung von Oberstufenzentren im Schulgesetz wird sicher im Rahmen der Verhandlungen um den Schulkonsens eine Rolle spielen, wo wir unsere oben skizzierte Haltung vertreten werden.
- Wichtiger als die Priorität des Wohnortes bei der Aufnahme in eine Oberschule ist aus unserer Sicht, dass es eine Vielfalt an Angeboten an den Schulen und unterschiedlichste Wege gibt, bestimmte Ziele wie berufliche Abschlüsse oder das Abitur zu erreichen. Deshalb werden wir uns für diese Forderung nicht einsetzen.
- Absolut richtig, deshalb haben wir auch durchgesetzt, dass das Ganztagschulprogramm in den Jahren 2014/15 forciert wurde – gerade auch im Hinblick auf den Ausbau von gebundenen Ganztagschulen. Insgesamt hat Rot-Grün von 2011-15 13 neue Ganztagsgrundschulen eingerichtet. Allerdings sind hierbei die zum Teil erheblich höheren Investitionskosten zu bedenken, und an manchen Stellen gibt es wegen der räumlichen Bedingungen Probleme, gebundene Ganztagschulen zu gründen. Auch vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen sollte aber ebenfalls bedacht werden, dass es durch den Ausbau der Ganztagschulen durch Rot-Grün in allen Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven Ganztagschulen gibt, sowohl im Bereich der Grundschulen, als auch bei den

Sek-I-Schulen. Im Übrigen verfolgen wir das Ziel, dass sich Schulen (Halbtagschulen oder offene Ganztagschulen) mittelfristig in gebundene Ganztagschulen umwandeln. In den kommenden Jahren wollen wir die Ganztagsgrundschule in Bremen als Regelangebot etablieren, Halbtagsangebote sollen die Ausnahme werden.

#### **CDU**

- Eine Aufnahme an Oberschulen allein nach dem Wohnortprinzip lehnen wir ab. Die CDU Bremen tritt grundsätzlich für das Elternwahlrecht und die freie Anwählbarkeit der weiterführenden Schulformen ein. Wir sind hierbei aber offen für eine Evaluation und eine daraus hervorgehende Weiterentwicklung der Oberstufenstruktur. Wir stehen zu den Grundlagen des Bildungskonsenses und werden daher keine kurzfristigen Änderungen an der bestehenden Schulstruktur befürworten. Strukturdebatten stehen für uns generell nicht im Vordergrund der Bildungspolitik. Hier bedarf es viel eher Antworten auf drängende Qualitäts- und Gerechtigkeitsfragen.

- Im Grundsatz befürworten wir die Bestrebungen, Grundschulen in Ganztagschulen umzuwandeln, tragen diese doch den veränderten Aufgaben von Schulen Rechnung, etwa die Integration sowie die Unterstützung von Kindern aus bildungsfernen Familien und schwierigen sozialen Lagen. Der steigende Bedarf nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein weiteres Argument, um den Ausbau voranzutreiben. Innerhalb dieses Prozess gilt es aus unserer Sicht aber immer auch die Bedarfe vor Ort und die jeweiligen Elternwünsche abzuwägen. In diesen Zusammenhang ist wichtig, diesen Bereich schneller als bisher erkennbar mit den Strukturen der frühkindlichen Bildung zu verzahnen und insbesondere auch Grundschulen noch stärker quartiersbezogen zu entwickeln und einzubinden.

#### **Linke**

- Die Wahlmöglichkeiten der gymnasialen Oberstufe sind eine wichtige Möglichkeit, den eigenen Schulerfolg zu verbessern. Dafür muss man aber auch wählen können bzw. die Kurse besuchen können, die man gewählt hat. Jede Oberschule mit einer eigenen Oberstufe auszustatten, ist daher der falsche Weg. Gemeinsame Oberschulzentren für mehrere Oberschulen im Stadtteil ermöglichen mehr Freiheit bei der Kurswahl.

- Wohnortnahe Beschulung halten wir auch in der Oberschule für sinnvoll. Allerdings legen wir auch Wert auf eine größere Heterogenität an den Schulen. Solange die Konkurrenz der Innenstadtgymnasien Bestand hat, setzen wir daher auf eine deutlich bessere Ausstattung und kleinere Lerngruppen in ärmeren Stadtteilen oder Schulen in besonderen sozialen Lagen.

- Der Ausbau der Ganztagschulen muss vorangetrieben werden, aber vor allem auch qualitativ. Ganztagschulen dürfen nicht nur traditionelle Vormittagsschulen mit nachmittags angehängtem Nachhilfe- und Freizeitbetrieb sein. Eine moderne Ganztagschule ist eine, die Unterricht, Förderung, Freizeit, Rückzugsmöglichkeiten und andere Angebote über den gesamten Schultag verteilt („rhythmisiert“). Der flächendeckende Ausbau sollte mit den Grundschulen beginnen.

## Forderungen zur Bürgerschaftswahl Antworten der Parteien

### Demokratische Beteiligung an den Schulen

- **Erweiterung der Mitbestimmungsrechte aller Beschäftigten, der Eltern und SchülerInnen. Schulgremien müssen bei der Bestellung von Personen für die Schulleitung wieder ein Votum erhalten.**

#### **SPD**

Wir wünschen uns ein stärkeres Engagement der Schülerinnen- und Schüler- sowie der Elternvertretungen.

#### **Grüne**

Schulleitungen und -konferenzen sollten selbst entscheiden können, welches Personal zu ihnen passt oder nach welchem Konzept der Unterricht gestaltet wird. Die Einzelschulen sollen selbstständig über ein Budget verfügen, um schnell und effizient bei Unterrichtsausfall reagieren zu können, wie es bereits in Beruflichen Schulen erfolgreich praktiziert wird. Diesen Prozess wollen wir gemeinsam mit den Schulen gestalten.

#### **CDU**

Die CDU hält die in Bremen vorhandenen Möglichkeiten der Teilhabe und Mitbestimmung an Schulen über Schüler-, Eltern- und Lehrervertretungen und an den Hochschulen über die Fachbereichsräte und die Akademischen Senate sowie über die entsprechenden Personalräte, Frauen- und Behindertenbeauftragte für ausreichend und sieht daher in dieser Frage keinen politischen Handlungsbedarf.

#### **Linke**

Die Forderungen der GEW teilen wir. Darüber hinaus sollen SchülerInnen dazu ermutigt werden, sich selbst einzubringen und Schule als Lebens- und Lernraum aktiv mit zu gestalten.

## Forderungen zur Bürgerschaftswahl Antworten der Parteien

### Verbesserung der Lehrerinnenausbildung

- Reduzierung des bedarfsdeckenden Unterrichts der Referendarinnen und Referendare und höhere und festgeschriebene Entlastung der Mentorinnen und Mentoren.
- Einrichtung des Faches Inklusive Pädagogik für alle Schulstufen an der Uni Bremen

#### SPD

Wir wollen die Grundlagen für die Umsetzung der Inklusion schon im Lehramtsstudium fest verankern: Durch entsprechende Lehrinhalte sollen Lehramtsstudierende befähigt werden, an allen Schulformen inklusiv zu arbeiten. Inklusion, Deutsch als Zweitsprache, Interkulturalität sowie der Umgang mit Heterogenität sollen daher als verbindliche Ausbildungsbestandteile in allen Lehramtsstudiengängen umgesetzt werden. Außerdem soll innerhalb der sonderpädagogischen Lehramtsausbildung auch das Studium eines Unterrichtsfaches für das Lehramt Gymnasien und Oberschulen verbindlich sein.

#### Grüne

Mit der neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lehrämter wird festgelegt, dass ReferendarInnen die Möglichkeit haben, selbst verantworteten Unterricht im Umfang von bis zu sechs Unterrichtsstunden pro Woche durchzuführen. Eine Entscheidung darüber treffen die Schule und das LIS gemeinsam mit der/dem ReferendarIn. Außerdem wird die Eingangsphase in den Vorbereitungsdienst auf ein halbes Jahr verlängert. An Möglichkeiten einer Entlastung der MentorInnen wird derzeit gearbeitet.

#### CDU

- Die Ausbildung angehender Lehrkräfte hat zum Ziel, diese so umfassend und gut wie möglich auf die bevorstehende Lehrtätigkeit vorzubereiten. Die schulische Wirklichkeit und das damit verbundene Halten von Unterricht vor realen Klassenverbänden sind aus unserer Sicht durch nichts zu ersetzen. Entscheidend ist hierbei aber unbedingt der Ausbildungsgedanke, nicht der kurzfristig eintretende Bedarf an Vertretungsunterricht. Angehende Lehrerinnen und Lehrer brauchen eine enge individuelle Betreuung bei Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Unterrichts. Bei Wahrung dieser Grundsätze, sehen wir aktuell keinen unmittelbaren Handlungsbedarf, um an dieser Stelle zu Veränderungen zu kommen, zumal die hier geltenden Regelungen gerade jüngst angepasst wurden.
- Nach Einführung der inklusiven Beschulung wurde schnell deutlich, dass eine Vielzahl der Lehrkräfte der neuen Aufgabenbreite nicht ausreichend vorbereitet entgegentrat. Vielfach hat nur besonderes Engagement der Lehrerinnen und Lehrer die mangelhafte Vorbereitung der inklusiven Beschulung ansatzweise auffangen können. An dieser Stelle erkennen wir nach wie vor noch Verbesserungspotential. Wir wünschen uns daher, der inklusiven Beschulung innerhalb der Lehreraus- und -weiterbildung einen größeren Stellenwert beizumessen. Alleine mit universitären Weiterqualifizierungsmöglichkeiten, die neben dem ohnehin schon fordernden Berufsalltag zu bewältigen sind, wird man der Bedeutung und Komplexität der inklusiven Beschulung auf lange Sicht nicht ausreichend gerecht. Von daher lässt sich durchaus ein Bedarf für einen universitären Ausbildungsgang inklusive Pädagogik erkennen. Im Zuge der nötigen Fortschreibung der mittel- und langfristigen Wissenschaftsplanung im Land Bremen, sind Überlegungen, welche in diese Richtung gehen, demnach durchaus prüfenswert. Die auf diesem Feld bereits bestehende Kooperation mit der Universität Oldenburg wird auf kürzere Sicht die erkannten Bedarfe des Landes Bremen abfedern müssen. Möglicherweise wird man die Zusammenarbeit auf diesem Feld zum gegenseitigen Nutzen aber auch für die Zukunft weiter verstetigen können.

## **Linke**

Es war richtig, die Referendarsausbildung auf 530 Plätze aufzustocken – und falsch, sie aus Budgetgründen wieder auf 450 zu senken. Zu Beginn des Referendariats sollte bedarfsdeckender Unterricht durch ReferendarInnen möglichst nicht erteilt werden, insgesamt streben wir eine Reduzierung an. Kooperation mit der Hochschullandschaft vor Ort ist wichtig. Lehramtsstudierende mit Migrationshintergrund und mit unterschiedlichen sozialem Hintergrund müssen gezielter geworben werden. In der Lehramtsausbildung müssen die Praxisanteile deutlich ausgeweitet werden. Inklusive Pädagogik muss eine Querschnittsausbildung werden, und darf nicht mehr ausschließlich als gesondertes Modul gelehrt werden. Dennoch muss es auch den Studiengang inklusive Pädagogik für alle Schulstufen und Schulformen an der Universität geben.



## Forderungen zur Bürgerschaftswahl Antworten der Parteien

### Abbau prekärer Beschäftigung

- Übernahme der bei nicht tarifgebundenen Trägern und Schulvereinen beschäftigten pädagogischen MitarbeiterInnen an Schulen in den öffentlichen Dienst
- Tarifliche Bezahlung und eine vertragliche Arbeitszeit, die eine Sicherung des Lebensunterhalts ermöglicht.
- Aufstockung geht vor Neueinstellung.
- Aufnahme der Lehrbeauftragten Honorarkräften und Werkverträgen in den Geltungsbereich des Bremischen Personalvertretungsgesetzes.

#### SPD

Gute Arbeit muss auch für den Bildungs- und Wissenschaftsbereich gelten, ohne Ausnahme!

#### Grüne

- Die Grünen finden das grundsätzlich richtig. Generell bedarf es hierbei aber einer Differenzierung bezüglich der Aufgaben der MitarbeiterInnen, des zeitlichen Rahmens, im Bereich Inklusion und Ganztagschulen.
- Im Zuge der auch von der GEW geforderten demokratischen Beteiligung an den Schulen (auch was die Einstellung/Weiterbeschäftigung von Personal angeht) finden wir, dass diese Entscheidungen die Schulkonferenz, das Kollegium sowie die Schulleitung im Einzelfall fällen sollten.
- Das Personalvertretungsgesetz gilt für Beamte, Beamtinnen und ArbeitnehmerInnen. Honorarkräfte, Lehrbeauftragte und WerkvertragsnehmerInnen sind im rechtlichen Sinne Selbstständige. Diese Trennung zwischen unselbstständiger Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit aufzuheben ist nicht so ohne Weiteres machbar. Denkbar wäre eine Debatte, ob der Umfang der Vergabe dieser Verträge an die Mitbestimmung geknüpft werden könnte.

#### CDU

Beim Blick auf die derzeitige Haushaltslage des Bundeslandes Bremen, ist eine vollumfängliche Übernahme der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den öffentlichen Dienst nach unserer Auffassung nur schwerlich darstellbar. Wir setzen uns aber dafür ein, Dienstleistungen an einem Schulstandort möglichst nur aus einer Hand zu realisieren. Der von der Bundesregierung eingeführte Mindestlohn wird in Zukunft auch im schulischen Bereich dafür Sorge tragen, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse der Vergangenheit angehören. Die geforderte Ausweitung des Personalvertretungsgesetzes wird von unserer Seite zurzeit nicht für Notwendig erachtet.

#### Linke

Vorweg: Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass Kinder nicht durch Unterrichtsausfall plötzlich vor der Haustüre stehen. Schon das ist oft nicht erfüllt. Schulleitungen sollen eigentlich die Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit an ihren Schulen anleiten. Stattdessen verbringen sie einen Großteil ihrer Leitungszeit mit den Folgen unzureichender Ausstattung und Verlässlichkeit. Dringend erforderlich ist eine Stundenausstattung der Schulen nicht mit 98% der notwendigen Lehrerstunden, sondern mit 104% - das reicht dann auch für den normalen Krankenstand.

Lehrerinnen und Lehrer sollen eigentlich darüber nachdenken, wie sie ihre unterschiedlichen SchülerInnen besser dabei unterstützen, Zugang zum Lehrstoff und seinem Verständnis zu entwickeln. Dafür haben sie aber gar keine Zeit: Durch die gestiegenen Anforderungen von Schulreform und Inklusion bleibt für die Unterrichtsvorbereitung praktisch nichts mehr übrig. Die Zahl der Unterrichtsstunden pro Lehrkraft muss daher gesenkt werden. Auch die Arbeitsbedingungen müssen inklusiver werden.

Im Bildungssystem arbeiten nicht nur Menschen mit Dauerstellen, sondern in verschiedenen Bereichen (z.B. Betreuungskräfte an Ganztagschulen). Die Anstellung dieser Personen läuft

über unterschiedlichste Vertragsformen wie Honorarverträge oder Werkverträge. Überwiegend sind diese Verträge auf das Schuljahr befristet und werden bei Bedarf verlängert. Für diese Beschäftigten muss es endlich Arbeitsverträge unter Anwendung der Tarifverträge geben.

Die Forderungen der GEW die bestehenden Arbeitsverträge zunächst aufzustocken und Lehrbeauftragte, Honorarkräfte und Werkverträge, die wir auf ein nötiges Minimum reduzieren wollen, in den Geltungsbereich des Bremischen Personalvertretungsgesetzes aufzunehmen, teilen wir.

## Forderungen zur Bürgerschaftswahl Antworten der Parteien

### Ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulen

- **Sicherstellung einer ausreichenden, dauerhaften Grundfinanzierung der Hochschulen, um Rahmenbedingungen zu schaffen, welche bedarfs- und nachfragegerecht die inhaltliche Vielfalt und die Qualität von Lehre und Forschung gewährleisten.**
- **Kein Abbau von Studienplätzen und keine Reduktion des Studienangebots aus finanziellen Gründen.**

#### **SPD**

Auf Grundlage des im Auftrag von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft erstellten Gutachtens des Wissenschaftsrats wurde der „Wissenschaftsplan 2020“ vorgelegt mit dem Ziel, die hohe Qualität, Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und für die Hochschulen einen stabilen finanziellen Rahmen und damit Planungssicherheit zu schaffen. Ungeachtet der schwierigen Haushaltslage wird im Wissenschaftsbereich keineswegs gekürzt, sondern die aktuelle Finanzausstattung mit dem zuletzt erreichten Zuwachs fortgeschrieben. Um wichtige Bereiche stärken und neue Angebote realisieren zu können, sind die Hochschulen jedoch gehalten, jeweils entsprechend ihrer jeweiligen Stärken ihr Studienangebot zu überprüfen, zu straffen und profiligerecht zu bündeln und besser miteinander zu kooperieren. Die durch Umschichtungen frei werdenden Mittel verbleiben im System, sie dienen der Stärkung bestehender Angebote und der Entwicklung von neuen Angeboten.

Wir werden die neu entstandenen finanziellen Spielräume durch die Übernahme der BAföG-Anteile der Länder durch den Bund komplett für die Bereiche Bildung und Wissenschaft einsetzen und in diesem Rahmen auch die Grundfinanzierung der Hochschulen in Abhängigkeit von der Studierendenzahl erhöhen.

#### **Grüne**

• Die Sicherstellung einer ausreichenden Grundfinanzierung ist zentrales Anliegen grüner Politik. Deshalb bekommt der Hochschulhaushalt auch mehr Geld zur Verfügung als in der Vergangenheit. Aus den BAföG-Mitteln werden den Hochschulen im Lande Bremen insgesamt 9,19 Mio. € pro Jahr zur Verfügung gestellt, hiervon 2,3 Mio. € für Investitionen in bauliche Sanierungen der Hochschulen und studentisches Wohnen. 6,89 Mio. € dienen als Erhöhung der Grundfinanzierung und im Rahmen eines Zukunftsfonds für die notwendige Umstrukturierung im Rahmen des Wissenschaftsplans. Außerdem in den Mitteln enthalten ist ein Ansatz von fast 1 Mio. € für spezielle Förderungen, insbesondere Frauenförderung, Internationalisierung und Diversität. So wollen wir gewährleisten, dass die Hochschulen für ihre Studienplätze ausreichend Personal einstellen und den Sanierungsstau an den Hochschulen schrittweise abbauen können. Wir haben außerdem dafür gesorgt, dass das Programm „Gute Lehre“ auf 8 Mio. € jährlich aufgestockt und verstetigt wurde. Für die Haushalte 2014/15 haben wir zusätzlich insgesamt 4,8 Mio. € für die Verbesserung der Lehre und weitere 9 Mio. € für Sanierungsmaßnahmen bereitgestellt. Außerdem wurde der Wissenschaftshaushalt von Tarifsteigerungen, der Kofinanzierung der Exzellenzinitiative sowie Mehrkosten der überregionalen Forschungsförderung entlastet. Aus dem neuverhandelten Hochschulpakt hat Bremen die Chance, 189 Mio. € zu erhalten. Die Universität erhält nach 2017 eine weitere Chance, ihr Zukunftskonzept im Rahmen der Exzellenzinitiative weiterzuentwickeln. Aus der jetzigen Phase der Exzellenzinitiative erhält die Uni ca. 80 Mio. € Bundesmittel. Der Bund übernimmt ab 2016 den Aufwuchs im Pakt für Forschung und Innovation, auch das entlastet den Wissenschaftshaushalt. Dennoch werden für die riesigen Herausforderungen im Wissenschaftsbereich weitere Anstrengungen des Bundes nötig sein. Die Lockerung des Kooperationsverbotes muss der Bund nun mit Leben füllen und dauerhaft Projekte an den Hochschulen finanzieren. Aus

Sicht der Grünen wäre eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes besser gewesen, die mit Schwarz-Rot leider nicht zu machen war. Auch für den Hochschulbau muss der Bund noch eine Lösung finden, denn der Sanierungsstau in ganz Deutschland ist erheblich.

- Auf unsere grüne Initiative hin ist es gelungen, im Wissenschaftsplan 2020 die Anzahl der vorhandenen Studienplätze zu sichern. Es ist uns wichtig, eine hohe Anzahl von Studienplätzen vorzuhalten, damit möglichst viele Menschen die Chance haben, ein Studium aufzunehmen. Auch Menschen ohne Abitur sollen den Weg an die Hochschulen schaffen. Wir setzen uns ein für den Ausbau des Angebots dualer Studiengänge, mehr Teilzeitstudienangebote und die bessere Vereinbarkeit von Studium und Familie. Durch die aktuelle Vereinbarung der Ministerpräsidentenkonferenz zum Hochschulpakt kann das Bundesland Bremen 13.000 Euro pro zusätzlichem Platz für StudienanfängerInnen erhalten. Das kann einer Summe von bis zu 189 Millionen Euro entsprechen. Damit hat das Bundesland Bremen trotz Haushaltsnotlage gute Voraussetzungen, der sehr hohen Studienplatznachfrage gerecht zu werden und jungen Menschen gute Chancen auf exzellente Ausbildung zu bieten.

### **CDU**

Die CDU Bremen kritisiert seit Langem die drastische Unterfinanzierung der Bremischen Hochschulen und begrüßt vor diesem Hintergrund daher ausdrücklich die Lockerung des Kooperationsverbots auf Bundesebene. Um das derzeitige hohe Niveau dauerhaft halten und Kürzungen nach dem „Rasenmäher-Prinzip“ verhindern zu können, spricht sich die CDU für eine stärkere Schwerpunktsetzung aus. Ziel muss es sein, jedem jungen Menschen, der den Wunsch und die Befähigung dazu hat, ein qualitativ hochwertiges Studium anzubieten. Aufgrund des teilweise sehr hohen Verbesserungsbedarfs, was beispielsweise die Lehre oder die Raumsituation einzelner Hochschulen anbelangt, sowie der schwierigen Haushaltslage, sind sinnvolle Strukturanpassungen jedoch nicht auszuschließen.

### **Linke**

An Uni und Hochschulen im Land studieren 35.000 Menschen, in der Wissenschaft arbeiten direkt und indirekt über 20.000 Beschäftigte. Dennoch führt die Landesregierung seit Jahren massive Kürzungen durch, die den Hochschulstandort Bremen gefährden. Die Summe, die Bremen aktuell für die Hochschulen und Institute ausgibt, liegt unter der von vor 10 Jahren. Im vergangenen Jahr verabschiedete der Senat gegen die Proteste von Studierenden, Beschäftigten und der LINKEN den Wissenschaftsplan 2020, mit dem einschneidende Kürzungen und Fächerschließungen verbunden sind. Bremen wird auf Grund der aktuellen Kürzungsrunde mehrere tausend Studienplätze verlieren, SchülerInnen werden sich nach ihrem Abschluss in anderen Bundesländern bewerben müssen, die Konkurrenz um die vorhandenen Studienplätze wird größer und die Zugangshürden zum Studium werden weiter verschärft. Der Personalabbau in Lehre und Verwaltung führt zu höherer Arbeitsbelastung was zudem die Studienbedingungen verschlechtert. Die Forderungen des Gewerkschaftstages teilen wir.

Eine auskömmliche Finanzierung des Wissenschaftsbereich, einschließlich der notwendigen Sanierungen beziffern wir mit zusätzlichen ca. 17 Millionen jährlich.

## Forderungen zur Bürgerschaftswahl Antworten der Parteien

### Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft

#### Dauerstellen für Daueraufgaben

- Einhaltung von Mindeststandards bei befristeten Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere hinsichtlich Vertragslaufzeit und Stellenumfang

#### SPD

Wir unterstützen die Forderung nach Dauerstellen für Daueraufgaben und Mindeststandards bei befristeten Beschäftigungsverhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Vertragslaufzeit und des Stellenumfanges. Weiter setzen wir uns für eine Verbesserung der Vergütung von Lehrbeauftragten ein.

#### Grüne

- Für uns ganz klar: Daueraufgaben müssen auf Dauerstellen erledigt werden.
- Mit unserem grüninitiierten Parlamentsbeschluss zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz setzen wir uns für bessere und verlässlichere Arbeitsbedingungen ein. Wir wollen u.a., dass Promovierende und Habilitierende vertraglich festgelegt ausreichend Zeit zur Qualifizierung bekommen, dass Drittmittelverträge an die Projektlaufzeiten gebunden werden und dass die Tarifsperre aufgehoben wird, um vorzeitige Entfristungen zu ermöglichen.

#### CDU

Insbesondere im Bereich des akademischen Mittelbaus besteht nach Ansicht der CDU Bremen Handlungsbedarf. Die Tendenz, dauerhafte Aufgaben durch befristetes Personal durchführen zu lassen, muss eingedämmt und die Zahl der unbefristeten Stellen erhöht werden. Zwar lehnt die CDU Bremen das Mittel der Befristung nicht generell ab, doch sieht sie Ketten- und Kurzzeitverträge von teilweise unter einem Jahr kritisch und spricht sich deswegen für Nachbesserungen aus. Um das Berufsfeld Hochschule auch weiterhin attraktiv zu halten, muss beispielsweise sichergestellt werden, dass für die Qualifikationsphase ausreichend Zeit und für Post-Doktoranden reelle Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung vorhanden sind, weswegen die CDU Bremen diesen Forderungspunkt unterstützt.

#### Linke

Für gute Lehre braucht es gute Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft. Aus unserer Sicht gibt es für sachgrundlose Befristungen, von denen besonders häufig Frauen betroffen sind, an öffentlichen Hochschulen keine Berechtigung. Daueraufgaben müssen grundsätzlich mit Dauerstellen besetzt werden. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss umfassend reformiert werden und in Bremen braucht es eine Entfristungs-Offensive für technisches und wissenschaftliches Personal. Für junge WissenschaftlerInnen muss es planbare Karrierewege in der Wissenschaft geben. DIE LINKE unterstützt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen die GEW-Forderungen im „Herrschinger Kodex“.

## Forderungen zur Bürgerschaftswahl Antworten der Parteien

### **Bessere personelle Ausstattung im KiTa-Bereich**

**Mindestens zwei pädagogische Fachkräfte müssen pro Gruppe für die gesamte Betreuungszeit zur Verfügung stehen. Im Hinblick auf Vorbereitungszeiten, Entwicklungsgespräche, Besprechungen, krankheitsbedingte Ausfälle, Fortbildungen, Urlaub etc. muss regelhaft Vertretung gewährleistet sein.**

#### **SPD**

Bremen ist bundesweit in der Spitzengruppe der Betreuungsrelation bei den unter dreijährigen Kindern. Das Engagement der SPD-Sozialpolitikerinnen und -Sozialpolitiker richtet sich weiterhin auf einen trägergerechten Ausbau und auf eine Weiterentwicklung der Stadtteilgerechtigkeit, insbesondere zwischen Stadtteilen mit besonderem Förderbedarf und privilegierten Wohngebieten.

Die Kindertagesbetreuung für die unter Dreijährigen wollen wir deutlich ausweiten, um so – bei Beibehaltung der Qualitätsstandards in der Betreuung - eine Versorgungsquote von 50 Prozent zu erreichen. Insbesondere die bisher schlechtere Versorgung mit Betreuungsplätzen in benachteiligten Stadtteilen wollen wir ausgleichen, um im Sinne einer aufgehenden Entwicklung den Anschluss an die übrigen Quartiere zu erreichen. Darüber hinaus soll insbesondere für Familien in schwierigen Lebenslagen der Zugang zu Kinderbetreuungsplätzen erleichtert werden.

Die Ausstattung mit zwei pädagogischen Fachkräften pro Gruppe ist in Bremen im U3-Bereich weitgehend umgesetzt. In den Bereichen der U3-Kindertagesbetreuung, wo dies nicht der Fall ist - etwa den Kindertageseinrichtungen der Elternvereine (mit der konzeptionell hohen Elternverantwortung) oder in Betreuungsrandzeiten - setzen wir uns für eine möglichst gute Personalausstattung ein. Die Personalausstattung kontinuierlich weiter zu verbessern ist für uns auch im Bereich der drei- bis sechsjährigen Kinder wichtig, wobei die „Index- und Schwerpunkt-Einrichtungen“ (gemeinsam stellen sie die Mehrheit der Einrichtungen) bereits heute personell deutlich besser ausgestattet sind als die so genannten „Regeleinrichtungen“. Besonders dringlich ist dies in sozial benachteiligten Wohnquartieren, in denen die Anforderungen an die Betreuungskräfte besonders hoch sind.

Selbstverständlich gilt das auch für die Vertretungsregelungen, Fortbildungen und Vorbereitungszeiten, die personell angemessen hinterlegt sein müssen.

#### **Grüne**

Der Ausbau von Kita-Plätzen hat für uns sehr hohe Priorität, von 2007 bis heute haben sich die Ausgaben für Kitas mit fast 140 Mio. € beinahe verdoppelt. Sowohl in der U-3-Betreuung als auch in der Ü-3-Betreuung belegt Bremen bundesweit den ersten Platz. Die gesetzlichen Vorgaben sehen bereits heute vor, dass für die Betreuung im U-3-Bereich in der Regel zwei pädagogische Fachkräfte für eine Gruppe mit bis zu acht Kindern zur Verfügung stehen sollen. Tatsächlich werden 3,2 Kinder von einer Fachkraft betreut. Im Ü-3-Bereich soll eine sozial-pädagogische Fachkraft in der Regel nicht mehr als 20 Kinder gleichzeitig betreuen. Tatsächlich ist jedoch ein/e Erzieher/in für die Betreuung von durchschnittlich zehn Kindern verantwortlich, so dass eine Gruppe mit 20 Kindern durchschnittlich von mindestens zwei ErzieherInnen betreut wird.

Auch für die zur Verfügung stehenden Stundenkontingente in den Kitas gibt es gesetzliche Regelungen. Wie diese Kontingente ausgeschöpft bzw. ob und wann Vertretungen eingesetzt werden, ist Sache der Träger der Kita-Einrichtungen. Aus Grüner Sicht ist es wichtig, dass dieser im Bundesvergleich sehr gute Standard auch weiterhin erhalten bleibt.

#### **CDU**

Wir wollen vor allem, dass Familien mehr Zeit füreinander haben: Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, für die wir uns auch im Öffentlichen Dienst einsetzen, können dies

ermöglichen. Daher unterstützen wir flexible Arbeitszeiten, Teilzeitmodelle und Telearbeit. Die CDU hat zum 1. August 2013 auf Bundesebene den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter dreijährige Kinder geschaffen. Der Ausbau dieser Betreuungsplätze muss in Bremen und Bremerhaven fortgesetzt werden, damit Eltern Familie und Beruf besser vereinbaren können. Wir setzen uns für wohnortnahe und zeitlich flexible Kinderbetreuungseinrichtungen ein. In den Quartieren müssen deshalb zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden: Wir wollen die Betreuungsquote im U3 Bereich in allen Stadtteilen auf mindestens 50 Prozent erhöhen. Für die 3-6 Jährigen streben wir eine stadtweite Versorgungsquote von 98 Prozent an. Der stetige Zuzug von Flüchtlingen ist dabei ausreichend zu berücksichtigen. Wir sind für die Flexibilisierung des täglichen Betreuungsumfanges. Ein Einstieg muss für Eltern und Kinder zu jedem Zeitpunkt im Kindergartenjahr möglich sein. Auch der tägliche Betreuungsumfang muss jederzeit angepasst werden können. Wenn Eltern sich entscheiden, ihre Kinder in eine Kindertagesbetreuung zu geben, müssen sie sich darauf verlassen können, dass sie dort nicht nur betreut werden. Vielmehr muss es dort qualitativ hochwertige frühkindliche Bildungsangebote geben. Dazu sind die Rahmenbedingungen, wie der Betreuungsschlüssel oder spezielle Förderangebote, zu verbessern. Zur Qualitätssicherung fordern wir die Einführung eines unabhängigen und externen KiTa-TÜVs in Bremen und Bremerhaven.

### **Linke**

Das Angebot an Kindertageseinrichtungen soll zur Herstellung von Chancengleichheit auch in Stadtteilen ausgebaut werden, wo weniger aktive Nachfrage besteht. Die besten KiTas sollen dorthin, wo sie am nötigsten sind. In benachteiligten Stadtteilen haben ErzieherInnen vielfältigere Aufgaben. DIE LINKE unterstützt das Konzept der Index-Kitas (Einrichtungen mit rund 70 Prozent höherer Personalausstattung in benachteiligten Stadtteilen) und fordert die Weiterentwicklung hin zu Familienzentren, in denen es Unterstützung im Hinblick auf Lebensunterhalt, Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung und andere Notwendigkeiten gibt. Sprachstandserhebungen sollen früh ansetzen, um Förderbedarfe rechtzeitig zu erkennen.

Kinder auf das Leben von morgen vorzubereiten ist von unschätzbarem gesellschaftlichem und sogar volkswirtschaftlichem Wert. Erzieherische Arbeit lernt man nicht „einfach so“, Pädagogik hat fachliche Standards und Methodik und ist eine Wissenschaft wie andere auch. Die Absenkung der Qualifikationsstandards lehnen wir daher ab.

Wir fordern daher die Sicherstellung guter Bezahlung in allen Kindertageseinrichtungen. Sämtliche Träger sollen vom Senat so finanziell ausgestattet werden, dass sie in der Lage sind gute Arbeit gut zu bezahlen.

In allen Krippen sollen pro Gruppe zwei Fachkräfte mindestens mit ErzieherInnenausbildung eingesetzt werden. Den Ersatz der zweiten Erzieherin durch eine/n SozialassistentIn lehnen wir ab.

Um die nötigen Fachkräfte auch einstellen zu können sollen die Ausbildungskapazitäten von derzeit rund 330 AbsolventInnen verdoppelt werden.

## **Forderungen zur Bürgerschaftswahl Antworten der Parteien**

### **Förderung der anerkannten Weiterbildung**

- Die nach dem Bremischen Weiterbildungsgesetz anerkannten Weiterbildungseinrichtungen sind mit einem Sockeletat von 2 Millionen p.a. ab dem Jahr 2015 auszustatten.
- Dieser Etat ist von Doppelhaushalt zu Doppelhaushalt anzupassen.

#### **SPD**

Mit der Novellierung des WBG im Juni 2011 und der entsprechenden Verordnung im Dezember 2011 wurde ein neues Fördermodell eingeführt mit dem Ziel, die Zahl der Weiterbildungsangebote und dadurch die Beteiligung an Weiterbildung insgesamt zu erhöhen. Die Ausstattung sollte es ermöglichen, insbesondere folgende Ziele zu erreichen: Eine steigende Zahl von Bremerinnen und Bremern anzusprechen, Angebote in allen Bereichen - allgemeine, politische, kulturelle und berufliche Bildung - machen zu können und über neue Formate und Inhalte neue Zielgruppen zu gewinnen. Die SPD wird sich für eine bessere finanzielle Ausstattung des Weiterbildungsbereichs im Rahmen der gegebenen finanziellen Spielräume des Landes einsetzen.

#### **Grüne**

- Weiterbildung leistet sehr wichtige Beiträge zur persönlichen Entwicklung, gesellschaftlichen Teilhabe und zum beruflichen Fortkommen von Erwachsenen. Deshalb müssen die Angebote gerade für diejenigen mit geringerem Finanzbudget finanzierbar sein. Da sehen wir Nachholbedarf. Deshalb wollen wir die Förderhöhen in Kursen von Level II anheben und das Kursangebot in Level I ausweiten. Eine bessere finanzielle Ausstattung ist für uns Grüne unumgänglich. Wir wollen allerdings auch die Jobcenter bei Qualifizierung und Weiterbildung immer dort, wo es rechtlich möglich ist, mehr in die Pflicht nehmen.
- Wir Grünen werden im Rahmen der Möglichkeiten im Haushalt alles Machbare für eine gute Weiterbildung tun.

#### **CDU**

In den letzten Jahren ist eine Abwärtsspirale in Bezug auf die finanzielle Ausstattung der Angebote im Weiterbildungsbereich zu beobachten. Wir verfolgen diesen Prozess mit großer Sorge, denn nach unserer Auffassung ist mittlerweile ein Punkt erreicht, an welchem der Weiterbildungssektor nur noch schwerlich seinen vitalen gesellschaftlichen Aufgaben nachkommen kann. Die Möglichkeiten zu innergesellschaftlicher Beteiligung, Aufstieg und zur Mobilität durch Angebote der Weiterbildung sind für uns essentielle Beiträge zur Gerechtigkeit innerhalb unseres Zusammenlebens. Einschnitte in diesen Bereichen wirken sich daher negativ auf uns alle aus. Für uns ist wichtig: Die Spirale abwärts muss schnellstmöglich gestoppt und eine Trendumkehr erreicht werden.

#### **Linke**

Die Forderungen des Gewerkschaftstages teilen wir voll umfänglich, nicht nur die Aufstockung des Sockeletats auf 2 Millionen EURO, sondern vor allem die zweijährliche Anpassung. Darüber hinaus gehört unserer Ansicht nach aber das Levelmodell nach dem Bremischen Weiterbildungsgesetz auf den Prüfstand, weil es zu Unwuchten bei den Weiterbildungsträgern führt unter denen insbesondere die Finanzierung der politischen Bildung leidet.